Recht haben

Verbot von Sklaverei und Zwangsarbeit

Foto: Archiv

Von Andreas Kaufmann

Artikel 5 der Charta der Grundrechte (GRC) der Europäischen Union behandelt das Verbot von Sklaverei und Zwangsarbeit und stellt damit einen zentralen Baustein des Menschenrechtsschutzes in der EU dar. Der Artikel untergliedert sich in drei Hauptaspekte: das Verbot der Sklaverei, das Verbot der Zwangsarbeit und das Verbot des Menschenhandels. Ein zunehmend wichtiger Aspekt in der Diskussion um Artikel 5 ist die Verbindung zu Nachhaltigkeitszielen und -verpflichtungen, insbesondere im Kontext von Wirtschaft und globalen Lieferketten und die damit einhergehende verstärkte Aufmerksamkeit auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen in allen Stufen der Produktion.

Art. 5 GRC steht in direktem Zusammenhang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), insbesondere mit Ziel 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), das den Schutz vor Zwangsarbeit und moderner Sklaverei sowie die Förderung sicherer und gerechter Arbeitsbedingungen betont. Nachhaltigkeit ist längst nicht mehr nur ein ökologisches Thema, sondern schließt auch soziale Dimensionen wie faire Arbeitsbedingungen und den Schutz vor Ausbeutung ein. Im Rahmen der »Corporate Sustainability Reporting Directive« (CSRD) und der EU-Lieferkettenrichtlinie werden Unternehmen verpflichtet, menschenrechtliche Risiken in ihren globalen Lieferketten zu bewerten.

Große multinationale Unternehmen müssen sicherstellen, dass keine Produkte aus Zwangsarbeit oder Ausbeutung stammen. Dies gilt insbesondere für Industrien, die stark auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sind, wie die Textil-, Technologie- und Landwirtschaftssektoren. Öffentliche und private Unternehmen sind zunehmend verpflichtet, sicherzustellen, dass ihre Lieferketten nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch sozial verantwortungsvoll sind, indem sie Arbeitsbedingungen überprüfen und Zwangsarbeit verhindern.

Fazit: Art. 5 GRC hat weitreichende rechtliche und ethische Implikationen, die weit über den Schutz vor Sklaverei und Zwangsarbeit hinausgehen. In einer zunehmend globalisierten Welt, in der nachhaltige Wirtschaftspraktiken und menschenwürdige Arbeit im Mittelpunkt stehen, ist dieser Artikel ein zentraler Baustein für die Schaffung fairer und verantwortungsvoller Lieferketten. Unternehmen und Staaten tragen eine wachsende Verantwortung, menschenrechtliche und ökologische Standards in Einklang zu bringen und sicherzustellen, dass Nachhaltigkeit im umfassenden Sinne – sozial, wirtschaftlich und ökologisch – erreicht wird. ■

Dr. Andreas Kaufmann ist Rechtsanwalt und Universitätslektor in Graz. Er ist spezialisiert auf Bau-, Immobilien-, Wirtschafts- und Nachhaltigkeitsrecht.

ak-anwaltskanzlei.at

Anzeige

Die große steirische Wohnraumoffensive

Die Steirische Volkspartei will auch in Zukunft leistbares, nachhaltiges und hochwertiges Wohnen für die Steirerinnen und Steirer ermöglichen. Deshalb haben wir im Landtag-Steiermark die große steirische Wohnraumoffensive beschlossen und mit einem Fünf-Punkte-Plan eine kraftvolle Antwort auf die aktuellen Herausforderungen gefunden. Von der Förderung junger Familien über die Unterstützung zur Errichtung und Sanierung eines Eigenheimes mithilfe günstiger Landesdarlehen bis hin zu attraktiven Förderungen für thermische Sanierungen und günstige Mietwohnungen können alle Steirerinnen und Steirer profitieren – egal wie sie wohnen.

Die Maßnahmen für leistbaren, nachhaltigen und hochwertigen Wohnraum der Zukunft:
- Jungfamilienbonus
- Eigenheimförderung
- Günstige Landesdarlehen
- Geschoßbauturbo
- Sanieren für alle

„Die neue Wohnraumoffensive ergänzt und erweitert die Unterstützung des Landes in allen Belangen rund ums Thema Wohnen und soll gerade jungen Familien wieder Eigentum ermöglichen. Dafür gibt es die günstige Landesdarlehen von bis zu 200.000 Euro und einen Jungfamilienbonus von bis zu 10.000 Euro. Damit steuern wir den negativen Effekten der KIM-VO entgegen und bieten vielfältige Unterstützung für Eigenheime, denn die eigenen vier Wände sind nicht nur ein Wohntraum, sondern auch eine Perspektive, eine Motivation und eine Absicherung im Alter", so Klubobfrau Barbara Riener. Förderungen können ab sofort beantragt werden! ●

Foto: VP Klub

VP-Club VP-Klubobfrau Barbara Riener: „Mit der Wohnraumoffensive steuern wir den negativen Effekten der KIM-Verordnung entgegen."

Bezahlte Anzeige der Wirtschaftskammer Steiermark

Fotos: Foto Fischer